

„Aufstehen damit es besser wird!“

Von Hartmut Riemann, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Osnabrück

Mit diesem Slogan hat der DGB für die Demonstrationen im Rahmen des europäischen Aktionstags am 03. April 2004 in Köln, Stuttgart und Berlin mobilisiert. Über 500.000 Menschen sind diesem Ruf gefolgt und haben somit ihre Unzufriedenheit mit der derzeitigen Politik zum Ausdruck gebracht.

Die nächste "Demonstration" haben wir dann bei der Europawahl am 13. Juni 2004 erlebt. Die verheerende Niederlage der SPD dokumentiert, dass ihr ehemaliges Markenzeichen als "Partei der sozialen Gerechtigkeit" scheinbar endgültig der Vergangenheit angehört. Doch diese Signale scheinen bei der Bundesregierung nicht anzukommen. Schon am Dienstag nach der Wahl bekräftigt der Bundeskanzler auf einem BDI Kongress, dass mit ihm eine politische Wende nicht möglich ist und er weiter an der sogenannten Reformpolitik festhalten wird. Hierfür bedankt sich der BDI-Präsident Michael Rogowski auch prompt und nutzt die Gelegenheit, um seine weiteren Wünsche vorzutragen. Neben weiteren steuerlichen Entlastungen für Unternehmer fordert er insbesondere gesetzliche Regelungen zur Aushöhlung der Tarifautonomie und weitere Einschnitte ins soziale Netz.

Die CDU/CSU kann sich die Hände reiben, da sie als Oppositionspartei fast automatisch einen großen Teil der Wählerstimmen, die der SPD wegliefen, einheimsen kann.

Die größte Partei ist nun die Gruppe der Nichtwähler. Dieses Verhalten ist eine Gefahr für unsere parlamentarische Demokratie. Es wäre falsch anzunehmen, dass es sich hier um ein politisches Desinteresse handeln würde. Insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslose beklagen, dass für ihre Interessen keine parteipolitischen Alternativen vorhanden sind und ihre Stimmenthaltung somit ein Ausdruck des Protestes ist.

Diese politische Lage darf uns als Gewerkschafter nicht kalt lassen. Die unheilvolle Allianz, bestehend aus Vertretern des Kapitals und neoliberal tickenden Politikern, ist mit großer Unterstützung der Medien auf dem Weg, aus dieser Republik ein "Mekka des Marktradikalismus" zu schaffen.

Die einzig richtige Konsequenz ist, dass wir unsere politischen Alternativen stärker in die Politik einbringen müssen. Unsere Ideen nach einer Bürgerversicherung zur Finanzierung der Krankenversicherung, die Überlegung nach einer Einführung einer Wertschöpfungsabgabe für alle Betriebe, um den Faktor Arbeit von Kosten zu entlasten und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, um größere finanzielle Möglichkeiten zu erschließen, um z. B. unser Bildungssystem nachhaltig zu sanieren, sind nur einige ausgewählte Alternativen, die deutlich machen, dass das in der Öffentlichkeit gern gemalte Bild der Gewerkschaften als "Reformverhinderer", "Nein-Sager" und "Blockierer" völlig falsch ist. Hierzu ist die Initiative der IG Metall mit einem sogenannten Arbeitnehmerbegehren, einerseits, um die politischen Themen breit in die Diskussion zu bringen und andererseits, um die Parteien direkt anzusprechen, eine gute Gelegenheit.

Zusätzlich hat gerade der Europawahlkampf deutlich gemacht, dass wir auch auf dieser Ebene unsere Forderungen nach internationalen sozialen Standards und einer Steuergleichheit für die Unternehmen weiter konkretisieren und mobilisierungsfähig machen müssen. Andere Chancen haben wir nicht, deshalb sollten alle mithelfen, dass auch zukünftig möglichst viele aufstehen!